

November 21



Die Bilanz des 20jährigen Krieges in Afghanistan ist verheerend:

Die gesamte Zahl der direkt durch Kampfhandlungen getöteten Menschen liegt laut dem „Costs of war“-Projekt der Brown University zufolge in den 20 Jahren insgesamt bei 243.000 Todesopfer in Afghanistan und Pakistan. Die Zahl der indirekten Opfer liegt mindestens viermal höher so dass die Gesamtzahl der Opfer 800 000 beträgt.

Der Krieg hinterließ ein zerstörtes Land und keine für die Versorgung der Bevölkerung funktionierende Wirtschaft.

Etwa 3,5 Millionen Flüchtlinge leben unter ärmsten Bedingungen im eigenen Land.

Nur 41 % der Kinder unter 5 Jahren haben genug zu essen.

Sauberes Trinkwasser steht nur weniger als 40 % der Menschen zur Verfügung.

Die „Welthungerhilfe“ warnt vor einer Hungersnot im November 21 da eine heftige Dürre die Ernteerträge vernichtet hat. Laut der UN werden 18 Millionen Afghan*innen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein, bei einer Gesamtzahl von knapp 40 Millionen Menschen.

<https://countrymeters.info/Afghanistan>

Die Profiteure des Krieges sind: Rüstungsfirmen, Banken, Anleger, Söldnerunternehmen, Firmen der IT- und Logistikbranche - Dieser Krieg war ein „großartiges“ Programm zur Umleitung von öffentlichen Geldern in private Hände.

Kosten für den amerikanischen Steuerzahler: 2,261 Bill. US-Dollar

Kosten für den deutschen Steuerzahler 47 Mrd. Euro

Verantwortliche Politiker haben wider besseres Wissen von „Erfolgen“ im Krieg gegen den Terror gesprochen, eine breite Öffentlichkeit hat diese Darstellung wenig thematisiert und in Frage gestellt.

Die Kaltblütigkeit, mit der man Ortskräfte, Mitarbeiter/innen von

Hilfsorganisationen und Frauenrechtler/Innen sich selbst überließ, macht fassungslos.

Hayat, Somaya und Malika,

drei der 10 Mitglieder der Ahmadi Familie, die am 29.08.21 in Afghanistan durch US-Sreitkräfte zum „Schutz“ der NATO-Soldaten getötet worden sind.



IPPNW, Deutschen Friedensgesellschaft, Netzwerk Friedenskooperative, Naturfreunde Berlin fordern als Konsequenz daraus von der neuen Bundesregierung:

Beendigung aller Auslandseinsätze und eine Absage an die militärische „Sicherheitspolitik“, hin zu einer zivilen Sicherheitspolitik, welche den Aufbau kooperativer - und lösungsorientierte Beziehungen umfasst.

Die Bundesregierung muss in Partnerschaft mit der Welthungerhilfe und weiteren Hilfsorganisationen ein Sofortprogramm an humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung anstoßen.

Wir fordern auch die Aufhebung aller Sanktionen gegen Afghanistan!

Die Weltklimakrise erfordert die Zusammenarbeit aller Staaten auf der Welt. Wir wissen, dass nun sofort entscheidende Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine weitere Erwärmung der Erde auf über 1,5 Grad zu stoppen. Die westlichen Staaten als Hauptverursacher des Klimanotstandes haben eine besondere Verantwortung.

Das Militär ist der größte Klimakiller weltweit. Die Emissionen müssen im Klimaabkommen von Glasgow berücksichtigt werden.

Doch statt wirksame Maßnahmen zur Rettung des Klimas zu finanzieren, rüsten die westlichen Staaten ihre atomaren und konventionellen Waffen auf und entwickeln neue Waffensysteme im Bereich der künstlichen Intelligenz und der digitalen Kriegsführung. Dazu steigt der Rüstungsetat jährlich und soll 2021 2% des Bruttosozialproduktes betragen. Von heute 54 Mrd. jährlich Euro auf 80 Mrd. Euro und mehr.

Krieg schafft keinen Frieden. Wir brauchen Deeskalation, Abrüstung, Entspannung und Abrüstungsverträge mit Russland und China. Die Atomwaffen müssen weltweit geächtet und vernichtet werden. Der Export von Waffen muss verboten werden.

Atomwaffen in Europa: 20 Atombomben in Deutschland (Büchel) werden ab 2022 „modernisiert“ für den besseren und schnelleren Einsatz. Ebenso in Niederlande, Belgien, Italien.

Sie erhöhen die Gefahr eines Atomkrieges in Europa!

Die zukünftige Bundesregierung muss die Stationierung neuer Atombomben ablehnen und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Als ersten Schritt muss die Bundesregierung einen Beobachter zur ersten Konferenz der Atomwaffenverbotsvertragsstaaten März 22 senden.

Bewaffnung von Drohnen

Drohnen sollen angeblich zum Schutz der Soldaten gedacht bewaffnet werden. SPD und Grüne hatten 2017 zugesagt, einer Bewaffnung der Heron – TP Drohnen nicht zuzustimmen. Drohnen können laut Experten mit einer neuen Software zu autonomen Waffen umfunktioniert werden.

„Der Einstieg in diese Technologie führt auf eine schiefe Ebene, an deren Ende Computer und nicht mehr Menschen über den Waffeneinsatz, Leben und Tod entscheiden“, so Dr. Jakob Foerster, der zur Künstlichen Schwarmintelligenz forscht.

Protestieren Sie gegen Aufrüstung, unterschreiben Sie den Appell zur Forderung an die Bundesregierung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Wenden Sie sich gegen die Bewaffnung der Heron-TP-Drohnen

Engagieren Sie sich in der Friedensbewegung!

<https://www.icanw.de/>

<https://sites.google.com/view/offener-brief-drohnen-nov21>

[drohnen-kampagne.de](https://www.friedenskoooperative.de/aktuelles/appell-fuer-ein-ruestungsexportkontrollgesetz)

<https://www.friedenskoooperative.de/aktuelles/appell-fuer-ein-ruestungsexportkontrollgesetz>

V.i.s.d.P. Anneliese Wolf, Agnesienberg 49, 55545 Bad Kreuznach, Facebook: Aktiv-fuer-Frieden- Bad-Kreuznach email: AFF-KH@gmx.d

